

intro

Die Grüne Liste bietet einen Newsletter rund um die Erlanger Kommunalpolitik an.

Dieser Informationsdienst aus dem Rathaus kann per e-mail, Fax und natürlich auch auf Papier per Post kostenlos abonniert werden.

GL
info

Newsletter
der Grünen Liste

Rathausplatz 1 91052 Erlangen
t. 09131-862781 f. 09131-861681
gruene-liste@erlangen.de
www.gl-erlangen.de



Ausgabe 17. Oktober 2006

Gentechnikfreie Metropolregion

Drei Viertel der VerbraucherInnen lehnen Gentechnik-Lebensmittel aus guten Gründen ab. Die sogenannte Koexistenz zwischen Gentechnik und konventioneller oder Ökolandwirtschaft funktioniert nicht. Bereits jetzt sind bei manchen Lebensmitteln Verunreinigungen festzustellen, zum Beispiel Pollen von Gentechnik-Raps im Honig.

Der Bayerische Bauernverband empfahl seinen Mitgliedern im April 2006, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen. Die mittelfränkische Bezirksversammlung des Bayerischen Bauernverbands beschloss diese Empfehlung im Frühjahr 2006.

In Deutschland haben inzwischen über 26.000 Landwirte freiwillig den Verzicht auf Gentechnik erklärt. Damit gelten Flächen von fast zwei Millionen Hektar als gentechnikfrei. Auch in Mittelfranken und auf dem Gebiet der Metropolregion Nürnberg gibt es mehrere gentechnikfreie Zonen und entsprechende Initiativen. Das gilt es auszubauen. Die Städte Nürnberg und Erlangen sollten deshalb die Initiative für eine gentechnikfreie Metropolregion ergreifen. Nach europäischem Recht sind gentechnikfreie Zonen und Regionen möglich, allerdings müssen sie auf Freiwilligkeit beruhen.

Wie bereits in Nürnberg die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat nun auch die Erlanger Grüne Liste beantragt, dass die Stadt Erlangen die Initiative für eine gentechnikfreie Metropolregion Nürnberg in Zusammenarbeit mit dem Bauernverband und Umweltverbänden ergreift. Dabei soll auf bereits bestehende gentechnikfreie Zonen und Initiativen in der Metropolregion aufgebaut und der Austausch und die Vernetzung mit gentechnikfreien Regionen in Deutschland und Europa gesucht werden.

Die Nürnberger grüne Stadträtin Christine Seer sieht Chancen für die Umsetzung u.a. darin, dass inzwischen auch die CSU-Landtagsfraktion die Unverträglichkeit der Gentechnik mit Natur und Landwirtschaft erkannt habe.

„Es ist viel zu erreichen ...“ Veranstaltung der Grünen Liste zu den Themen Klimaschutz und Bäder

„Zukunftsfähige Politik“ ist der Titel einer neuen kommunalpolitischen Veranstaltungsreihe der Grünen Liste und des Erlanger Kreisverbands von Bündnis 90/Die Grünen. Den Auftakt bildete die gemeinsame öffentliche Vollversammlung der beiden Organisationen zu den Themen Energie- und Klimaschutzpolitik und Perspektiven der Erlanger Bäder am 10. Oktober im media.art.zentrum.

„Es ist viel zu erreichen - auch jetzt schon“ erläuterte Prof. Martin Hundhausen, der als sachkundiger Referent eingeladen war. Als Beispiele nannte er u.a. Passivhäuser, Solaranlagen auf den Erlanger Schulen und Energiesparhäuser bei der GeWoBau. Erlangen ist seit 1991 Mitglied im Klimabündnis und ist somit die Verpflichtung eingegangen, bis 2010 an der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 50% mitzuwirken. „Erlangen scheint das Ziel zu verfehlen“ fuhr der Vorsitzende von Sonnenenergie Erlangen e.V. fort und nannte seine Wünsche an die Kommunalpolitik: Solarthermie müsste zum Standard erhoben, eine Solartankstelle an zentraler Stelle eingerichtet und die städtischen Liegenschaften energetisch saniert werden. Seit 1999 seien die Energiekosten dieser Gebäude sogar um 750.000 Euro gestiegen. Ärgerlich findet Hundhausen, der durch die Stadt Erlangen mit dem Umweltschreiben und durch Eurosolar mit dem Deutschen Solarpreis 2004 ausgezeichnet wurde, dass im Röthelheimpark Solarenergie sogar durch die Stadtplanung eingeschränkt werde. Die Perspektiven der Erlanger Bäder fasste im Anschluss GL-Stadtrat Wolfgang Winkler zusammen (dazu siehe Artikel auf Seite 2).



Herausgeberin:
Grüne Liste Stadtratsfraktion
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
t. 09131-862781
f. 09131-861681
gruene-liste@erlangen.de
http://www.gl-erlangen.de

Newsletter
der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 2

randspalte

Perspektiven der Erlanger Bäder

Ausgabe 17.10.2006

Der Sportausschuss hat es bereits empfohlen, der Stadtrat wird es höchstwahrscheinlich noch in diesem Monat beschließen: Die Erlanger Bäder sollen in die Trägerschaft der Stadtwerke übergehen. Soweit herrscht Einigkeit zwischen allen Fraktionen. Wenig umstritten ist inzwischen auch, dass ein Ersatz für das sanierungsbedürftige Hallenbad Frankenhof im Westbad geschaffen werden soll und nicht im Röthelheimbad, wie von den Stadtwerken favorisiert wurde. Über die Zukunft des Hallenbades Frankenhof allerdings, das sich bereits im stadtwerklichen Besitz befindet, scheiden sich die Geister.

Die SPD würde am liebsten gleich den Hallenbad-Ersatz im Westen verwirklichen. Die CSU will das Hallenbad aus Kostengründen möglichst lange betreiben und dann im Westen Ersatz schaffen. Und die Grüne Liste - so beschloss es die Vollversammlung vor ein paar Monaten - würde am liebsten das Hallenbad am bisherigen Innenstadt-Standort erhalten und sanieren. Daneben ist auch die GL-Fraktion der Meinung, dass ein neues Hallenbad im Westen besser aufgehoben ist.

Karl-Heinz Stammler, Mitglied im grünen Kreisverband und Bäderaktivist der ersten Stunde, schlägt folgendes Bade-Konzept für Erlangen vor:

Für das Hallenbad Frankenhof müsse schleunigst eine Machbarkeitsstudie zur Erhaltung und Attraktivitätssteigerung am Standort erstellt werden. Für das Freibad West könnte man ein technisches und wirtschaftliches Konzept der Nutzung als Kombibad entwickeln: Freibad im Sommer - Hallenbad im Winter. Ergänzend wäre auch ein Naturbad für Kinder im Sommer und ein Eishockeyspielfeld im Winter im Norden des Freibad West-Geländes durch Verschiebung des Zauns nach Norden integrierbar.

Außerdem sollte die Sanierung des Dechendorfer Weihers zu dauerhaft guter Badewasserqualität konsequent weitergeführt werden. Mehr Badespaß gäbe es durch den Neubau eines Natursprungturms und die Wiedereinführung einer Schwimmsel im Weiher.

Beim Thema Naturbäder soll auch das Stadtgebiet nicht auf dem Trockenen sitzen bleiben: Reaktivierung von mindestens einem oder mehreren Flussbädern in Erlangen durch Ersatz der Erlanger Badeverbotsverordnung durch Aufklärung und Information.

**Antisemitismus
in Europa heute**

**9. November
19.00 Uhr
Stadtbücherei
Großer Saal Marktplatz 1 Erlangen**

Referent: Thomas Höhne
Mitarbeiter des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung,
Bildung und Beratung e.V., sowie Referent am
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg

Eine Veranstaltung des Freundeskreises der Jüdischen Kultusgemeinde Erlangen e.V.
mit Unterstützung aller im Erlanger Stadtrat vertretenen Fraktionen

Volkstrauertag Deserteure sollen unerwähnt bleiben

Jedes Jahr lädt die Stadt zu einer offiziellen Trauerkundgebung anlässlich des Volkstrauertages am Ehrenfriedhof ein. Die Grüne Liste hat Anfang November 2005 beantragt, dass auf die Beteiligung der Bundeswehr bei der Veranstaltung zum Volkstrauertag in Erlangen zukünftig verzichtet wird. Außerdem soll die Stadt zukünftig auch einen eigenen Kranz für die Deserteure der Wehrmacht niederlegen. Ausdrücklich sollen auch diejenigen erwähnt werden, die auf Seiten der Alliierten und PartisanInnenverbände gegen den NS-Faschismus gekämpft haben.

Über 100.000 deutsche Soldaten desertierten im Zweiten Weltkrieg. 22.750 sogenannte Fahnenflüchtige wurden von der Wehrmachtsjustiz erbarmungslos zum Tode verurteilt. Viele bezahlten ihre Courage noch in den letzten Kriegstagen mit dem Leben.

Andere konnten die Seiten wechseln und waren bei den Alliierten oder in den Widerstandsbewegungen - z. B. in Frankreich und Italien - aktiv an der Befreiung vom Nationalsozialismus beteiligt.

„Zweckorientierte Kriegsinterpretationen und verklärende Kriegserinnerungen“, so der GL-Antrag weiter, „führten in der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu einer Ächtung der Deserteure. Die Bundesregierungen ließen sich bis 2002 Zeit, Deserteure zu rehabilitieren. Wer sich jedoch den Widerstandsverbänden anschloss, bleibt weiter von der Rehabilitation ausgeschlossen.“

Wenig Gegenliebe fand der Antrag, als er Ende September - 10 Monate nach Antragsstellung - im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss behandelt wurde. Beschlossen wurde nur ein Arbeitskreis zwischen Verwaltung und Stadtratsfraktionen, der sich mit der zukünftigen Gestaltung des Volkstrauertages in Erlangen befassen soll. Bereits beim ersten Treffen am 9. Oktober machten die Verwaltung und die CSU-Fraktion deutlich, dass sie an keiner Veränderung der bisherigen Praxis interessiert sind. Beispielsweise soll auch zukünftig jedes Mal „Der gute Kamerad“ angestimmt werden. Diese Ode

Fortsetzung nächste Seite

Taubenjagd im Fadenkreuz

Nachdem Beschwerdebriefe über in der Innenstadt ab- bzw. angeschossene Tauben eingegangen sind, hat die Grüne Liste nun ein Ende der Jagd im Stadtgebiet beantragt. „Abgesehen von rechtlichen und moralischen Erwägungen zum Thema Tierschutz sind wir der Meinung, dass das Schießen mit einem Kleinkaliber-Gewehr im Stadtgebiet grundsätzlich bedenklich ist“, heißt es in der Antragsbegründung.

Vom Ordnungs- und Straßenverkehrsamt wurde einem Taubenjäger eine Abschusserlaubnis vorerst bis März 2007 erteilt. Geschossen wird mit einem Kleinkalibergewehr mit Schalldämpfer in Absprache mit den jeweiligen Grundeigentümern.

Beschwerden stoßen bei der Verwaltung bisher auf taube Ohren. Andere Maßnahmen hätten nicht zu einer Reduzierung der Taubenpopulation geführt. Und eine Taube, die von einer Kugel aus der Flinte des Jägers getroffen wird, sei „in der Regel“ sofort tot. Tauben außer dieser Regel würden „umgehend betäubt und weidgerecht getötet.“

„Davon kann keine Rede sein“, meint dagegen ein Beschwerdeführer und Augenzeuge von mehreren angeschossenen Tauben, deren Leiden in allen Einzelheiten aufgelistet werden. Die Taubenjagd sei ein „entsetzliches und sinnloses Treiben“ und gehört sofort eingestellt. Als Alternative führt er Taubenprojekte in anderen Städten auf - z.B. in Würzburg und Augsburg.

Dort werden Taubenschläge aufgebaut und von den Tierschutzverbänden betreut. Da die Schläge den Bedürfnissen der Tauben entsprechen würden, hielten sich die Tiere dann dort zur Erledigung ihres Geschäfts auf und nicht an den Häuserfassaden und vor der Flinte des Taubenjägers, hoffen die KritikerInnen der Jagd.

Entschieden wurde über die Initiative der Grünen Liste noch nicht. Aber inzwischen findet eine Gesprächsrunde mit den Stadtratsfraktionen und dem Tierschutzverein statt.

Rastanlage Aurach Reduzierte Ausbauplanung

Ein großes Thema vor allem im westlichen Umland von Erlangen ist die ohne große Rücksicht auf die Bevölkerung geplante Erweiterung der Tank- und Rastanlage Aurach. Die GegnerInnen der Ausbaupläne würden nach dem „St. Floriansprinzip“ vorgehen, so der Kommentar von Bundesverkehrsminister Tiefensee, als er im Juni die Region besuchte.

„Andererseits bietet er keine innovativen Lösungen für die wachsenden Verkehrsbelastungen an. Eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ist kein Thema mehr“, erwidert Berthold Lausen vom Erlanger grünen Kreisverband. In Begleitung von Harald Bußmann, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Liste, und Berthold Lausen besichtigte auch der grüne Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter die Rastanlage. Hofreiter kritisierte vor allem, dass die zahlreichen Stellplätze auf privaten Autohöfen in der Region bei der Planung nicht berücksichtigt worden seien. Aufgrund der anhaltenden BürgerInnenproteste und der ablehnenden Stellungnahme des Erlanger Stadtrates hat die Autobahndirektion inzwischen etwas abgespeckt - aber immer noch zu viel, meint die Grüne Liste. Die neuen Pläne sollen demnächst im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss vorgestellt werden: Von den ursprünglich geplanten 120 LKW-Stellplätze fallen nun ca. 40 weg.

an den sterbenden Soldaten wurde 1809 vom Germania-Burschenschaftler Ludwig Uhland gedichtet. Es spielt heute noch eine Rolle im Trauerzeremoniell der Bundeswehr und in „Trauerkneipen“ von Burschenschaften.

Keinesfalls werde seine Fraktion zustimmen, so Stadtrat und CSU-Geschäftsführer Albrecht Börner, dass Deserteure extra erwähnt werden. Schließlich werde „allen Opfern“ gedacht - in dieser Rubrik seien auch die Deserteure enthalten.

Damit bleibt die größte Erlanger Stadtratsfraktion ihrer alten Linie treu: frühere Initiativen für eine Anerkennung von Deserteuren wurden kategorisch abgelehnt. Bis heute erinnern nur wenige Säpfe an Kriegsdienstverweigerer oder „Fahnenflüchtige“. Am gleichen Tag, als der GL-Antrag im Stadtratsausschuss ablehnend diskutiert wurde, beschloss der Kölner Stadtrat indes, Deserteuren und „Wehrkraftzersetzer“ ein Denkmal in der Millionstadt zu widmen.

Ausgezeichnet

Im Rahmen der Kampagne „Wir bilden Bayerns Zukunft“ der grünen Landtagsfraktion wurde das Pilotprojekt Islamunterricht an der Grundschule Brucker Lache als herausragendes Beispiel einer zukunftsfähigen Bildungs- und Integrationspolitik ausgezeichnet. Zusammen mit der Schule werden auch die Islamische Religionsgemeinschaft Erlangen und das Interdisziplinäre Zentrum für Islamische Religionslehre (Izir) der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg geehrt. Die grüne Landesvorsitzende Theresa Schopper übergab in Begleitung von GL-Stadtrat Hans Hermann Hann und Berthold Lausen, Sprecher des Kreisvorstands, am 28. September die Auszeichnung an die Schule.



Öffnungszeiten Fraktionsbüro:

Montag: 10 - 12 Uhr u. 14 - 18 Uhr

Dienstag: 10 - 12 Uhr

Donnerstag: 12 - 14 Uhr

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 4

Ausgabe 17.10.2006

ICE-Planung und S-Bahnbau Einwendungsfrist beginnt

Vor zwei Monaten begannen die Bauarbeiten der ICE-Ausbaustrecke Nürnberg - Ebersfeld und der S-Bahnstrecke Nürnberg - Forchheim mit dem ersten Spatenstich. Das Vorhaben tritt nun auch in Erlangen in eine neue Phase: Die Deutsche Bahn AG führt das vor zehn Jahren begonnene und bis dato nicht beendete Planfeststellungsverfahren mit einer 1. Planänderung fort.

Das Ausmaß der Änderungen erfordert eine neue Auslegung. Der Erlanger Stadtrat und betroffene BürgerInnen können nun nochmals Einwände erheben. Bis 2010 soll der S-Bahnbau über die Bühne gehen. Beim ICE soll bis dahin die Planung abgeschlossen sein, für den Bau ist die Finanzierung noch nicht gesichert. Bereits vor 10 Jahren stand die Grüne Liste den Planungen ablehnend gegenüber, nun seien weitere „wesentliche Verschlechterungen enthalten“, so Harald Bußmann, der die GL im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss vertritt.

Einige Beispiele: Nachts wird eine Überschreitung der Schallimmissionschutz-Grenzwerte billigend in Kauf genommen. Im gesamten Stadtgebiet müssen Schallschutzwände mit einer Durchschnittshöhe von 3-4 Metern errichtet werden - aber erst im Zuge der ICE-Trasse. Nicht mehr vorgesehen sind auch Park-

and Ride und Bike- and Ride Plätze bei neuen S-Bahn-Haltestellen. An der Haltestelle Paul-Gossen-Straße wird nur noch an einer Straßenseite ein Aufzug geplant. Am Brucker Bahnhof soll der FußgängerInnen-tunnel wegfallen, dadurch muss ein um 500 Meter längerer Fußweg in Kauf genommen werden.

Die neue Planung betrifft auch ca. 90 städtische Grundstücke und Gebäude. Abgerissen werden soll die Martinsbühler Str. 16. Im Bereich Pestalozziring sollen Gewerbegrundstücke teilweise vorübergehend, teilweise dauerhaft in Anspruch genommen werden.

Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in die Natur und Landschaft weisen ein Defizit von 18,9 Hektar auf. Hinsichtlich des Gewässerschutzes ist die geplante Einleitung von Niederschlagswasser in Schwabach, Bachgraben und Eltersdorfer Bach problematisch - aufgrund der Altlastenproblematik ebenso die Versickerung des Wassers im Bereich Güterbahnhof.

Weiterhin nicht gefolgt wird der städtischen Forderung nach einem unterirdischen Güterverkehrszug-tunnel. Auf den städtischen Haushalt werden Kosten in Höhe - nach Abzug aller Zuschüsse - von ca. 4,3 Millionen Euro zukommen.

Selbst beteiligte PlanerInnen der Bahn empfehlen, aufgrund der Verschlechterungen massenweise Einsprüche einzulegen. Vielleicht ließe sich die Bahn dann doch noch dazu bewegen, mehr Mittel für eine bessere Planung bereit zu stellen.

Termine dazu:

26. Oktober:
Beschlussfassung über städtische
Einwendungen im Stadtrat

20. November:
Ende der Einwendungsfrist -
auch für privat Betroffene.

Blick von der Martinsbühler Straße:
So könnte der ICE-Schallschutz
aussehen.

Fotomontage: Stadtverwaltung

